

■ HOHE RISKEN FÜR DIE WELT- WIRTSCHAFT, EINBRUCH DER HEIMISCHEN BAUNACHFRAGE

PROGNOSE FÜR 2001 UND 2002

Unter vorsichtig optimistischen Annahmen über die internationale Konjunktur wird die österreichische Wirtschaft heuer real um 1,3% und im kommenden Jahr – eine Erholung in den USA und wirtschaftspolitische Maßnahmen, die dem Einbruch in der EU entgegenwirken, vorausgesetzt – um 1,9% wachsen. Neben der Abschwächung der Auslandsnachfrage wirken auch inländische Faktoren wachstumsdämpfend. Dazu zählt insbesondere die Krise in der Bauwirtschaft, die sowohl den Hoch- als auch den Tiefbau erfasst hat. Die Arbeitslosigkeit steigt markant, die Arbeitslosenquote wird 6% der unselbständigen Erwerbspersonen überschreiten. Hingegen verlangsamt sich der Preisauftrieb. Aufgrund der Wirksamkeit der automatischen Stabilisatoren der öffentlichen Haushalte wird das Budgetdefizit im Jahr 2002 etwa 10 Mrd. S (0,74 Mrd. €) betragen, das entspricht –0,3% des BIP. Damit leistet der öffentliche Sektor einen Beitrag zur Stabilisierung der Konjunktur.

Der Terroranschlag vom 11. September hat die Wirtschaft in den USA und in der Welt in einer ohnehin äußerst labilen Konjunktursituation getroffen. Bereits vor diesem Ereignis befanden sich die USA am Rande einer Rezession. In Japan und einigen Regionen in Südamerika und Südostasien war eine tiefe Wirtschaftskrise schon ausgebrochen, und in Europa wuchs die Wirtschaft im II. Quartal kaum mehr. Die unmittelbaren wirtschaftlichen Auswirkungen können derzeit nicht vollständig abgeschätzt werden. Sie hängen von der weiteren internationalen Entwicklung, den Reaktionen der Wirtschaftspolitik in den Industrieländern und den Einflüssen auf die Erwartungen von Unternehmen und Haushalten ab.

Das WIFO wählt für seine Konjunkturprognose vorsichtig optimistische Annahmen. Die Wirtschaft der USA wird sich nach einer kurzen Rezession vor allem aufgrund einer expansiven Geld- und Fiskalpolitik ab dem Frühjahr des kommenden Jahres wieder merklich erholen; das BIP könnte somit heuer real um 1% und im Jahr 2002 um 2% wachsen. In der EU werden Zins- und Budgetpo-

Die Konjunkturprognose entsteht
jeweils in Zusammenarbeit aller
Mitarbeiter des WIFO.

Hauptergebnisse der Prognose

	1998	1999	2000	2001	2002	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt						
Real	+ 3,3	+ 2,8	+ 3,3	+ 1,3	+ 1,9	
Nominell	+ 4,0	+ 3,7	+ 4,5	+ 2,7	+ 3,5	
Sachgütererzeugung ¹⁾ , real	+ 4,4	+ 2,4	+ 8,3	+ 2,3	+ 3,0	
Private Konsumausgaben, real	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,5	+ 1,9	
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 2,7	+ 3,2	+ 3,4	- 0,9	+ 0,5	
Ausrüstungen ²⁾	+ 5,2	+ 4,6	+ 6,0	+ 1,8	+ 3,5	
Bauten	+ 0,9	+ 2,2	+ 1,3	- 3,0	- 2,0	
Warenexporte ³⁾						
Real	+ 8,1	+ 7,7	+13,0	+ 4,5	+ 5,2	
Nominell	+ 8,4	+ 7,0	+15,6	+ 7,3	+ 7,8	
Warenimporte ³⁾						
Real	+ 7,1	+ 6,9	+ 8,7	+ 4,5	+ 4,5	
Nominell	+ 6,6	+ 6,7	+14,7	+ 7,8	+ 7,6	
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. S	-64,5	-87,1	-78,6	-76,0	-74,1
	Mrd. Euro	- 6,33	- 5,71	- 5,53	- 5,38	
	in % des BIP	- 2,5	- 3,2	- 2,8	- 2,6	- 2,5
Sekundärmarktrendite ⁴⁾	in %	4,7	4,7	5,6	5,0	4,7
Verbraucherpreise		+ 0,9	+ 0,6	+ 2,3	+ 2,6	+ 1,9
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾		4,5	4,0	3,7	3,8	3,8
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾		7,2	6,7	5,8	6,0	6,1
Unselbständig Beschäftigte ⁷⁾		+ 1,0	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,4
Finanzierungssaldo des Staates	in % des BIP	- 2,4	- 2,2	- 1,1	- 0,7	- 0,3

¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – ²⁾ Einschließlich sonstiger Anlagen. – ³⁾ Laut Statistik Austria. – ⁴⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark). – ⁵⁾ Laut Eurostat. – ⁶⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁷⁾ Ohne Präsenzdienstler und Bezieher von Karenzgeld.

litik einen stabilisierenden Einfluss auf die Konjunktur haben. Aufgrund der Wirksamkeit der automatischen Stabilisatoren der öffentlichen Haushalte werden mehrere EU-Länder zwar ihre Budgetziele nicht einhalten können, dadurch wird allerdings ein Einbruch der Investitions- und Konsumnachfrage verhindert. Die europäische Wirtschaft wird unter diesen Annahmen heuer real um 1½% und im kommenden Jahr, Impulse aus den USA mit leichter Zeitverzögerung aufnehmend, um 2% expandieren.

Die Dynamik der österreichischen Konjunktur hat sich aufgrund der internationalen Abschwächung seit dem Sommer 2000 verlangsamt. Die in höherem Ausmaß von der Wirtschaftslage der Handelspartner bestimmten Teile der heimischen Wirtschaft – Warenexport, Sachgütererzeugung, Ausrustungsinvestitionen und Großhandel – entwickeln sich nur geringfügig ungünstiger als vom WIFO im Sommer angenommen. Die Einnahmen aus dem Reiseverkehr und die Wertschöpfung im Beherbergungs- und Gaststättenwesen wachsen heuer sogar kräftiger als erwartet, im kommenden Jahr werden die Reiseverkehrsausgaben im In- und Ausland aufgrund der internationalen Lage allerdings sehr gedämpft ausfallen.

Die Inlandsnachfrage entwickelt sich deutlich ungünstiger als im Sommer angenommen. Dies ist vor allem auf die Bauwirtschaft zurückzuführen, die im II. Quartal eingebrochen ist (real -5½%). Der Wohnungsneubau geht aufgrund fehlenden Bedarfs merklich zurück. Überkapazitäten nach dem Boom der vergangenen Jahre im Bürobau lassen auch in diesem Sektor für die nahe Zukunft

eine markante Dämpfung erwarten. Die Produktion im Straßenbau schrumpft wegen der Investitionszurückhaltung von Ländern und Gemeinden. Auch im Eisenbahnbau ist trotz des Vorliegens umsetzbarer Infrastrukturprojekte und gesamtwirtschaftlichen Bedarfs ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr festzustellen. Die Wertschöpfung der Bauwirtschaft wird heuer real um 3% unter dem Niveau von 2000 bleiben, für 2002 zeichnet sich keine Erholung ab (-2%).

Obwohl die real verfügbaren Haushaltseinkommen infolge relativ hohen Preisauftriebs stagnieren und merkliche Steuererhöhungen dämpfend wirken, sollte der private Konsum heuer um etwa 1,5% wachsen. Dies basiert auf der – optimistischen – Annahme einer kräftigen Verringerung des Sparanteils am verfügbaren Einkommen: Die Sparquote sinkt heuer von 8,0% im Jahr 2000 auf 6,6%. Bei einer leichten Beschleunigung des Einkommenszuwachses könnte der Konsum im kommenden Jahr real um 1,9% ausgeweitet werden. Im Jahr 2002 wird sich – unter der Voraussetzung stabiler Energiepreise – der Preisauftrieb weiter verlangsamen. Die Inflationsrate könnte nach 2,6% im Jahr 2001 dann 1,9% betragen.

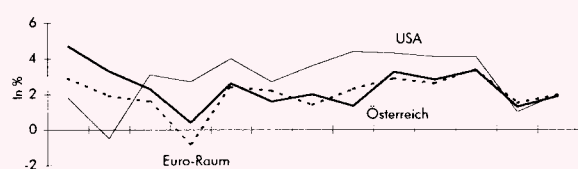
Die markante Abschwächung der Konjunktur hat eine deutliche Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt zur Folge. Zwar wächst die Beschäftigung heuer und im kommenden Jahr noch um jeweils 12.000 (+0,4%), der Anstieg betrifft allerdings fast ausschließlich Teilzeitarbeitsplätze. Rückläufig ist die Beschäftigung vor allem in der Bauwirtschaft, im öffentlichen Dienst, in der Verkehrswirtschaft und im Telekom-Bereich. Die Zahl der Arbeitslosen steigt, sie wird im Jahresdurchschnitt knapp 200.000 erreichen. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 3,8% der Erwerbspersonen laut Eurostat bzw. 6,0% der unselbständigen Erwerbspersonen. Für das kommende Jahr muss aufgrund des unterdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums mit einem weiteren Anstieg der Zahl der Arbeitssuchenden gerechnet werden.

Auch die öffentlichen Haushalte sind vom Konjunkturunbruch negativ betroffen. Die Einnahmen aus Lohn- und Umsatzsteuer wachsen langsamer, die Ausgaben für Arbeitslosigkeit steigen. Der Finanzierungssaldo des öffentlichen Sektors wird deshalb heuer etwas ungünstiger ausfallen, als vom WIFO im Sommer erwartet worden war (-0,7% des BIP). Im kommenden Jahr könnte der durch die Konjunkturschwäche bedingte Abgang im Budget 0,3% des BIP erreichen.

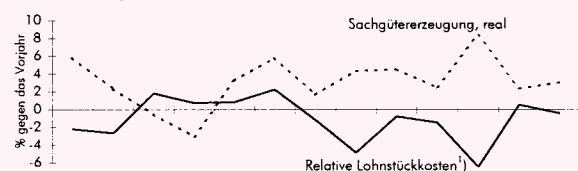
Die Prognose erfolgt unter großer Unsicherheit. Die Risiken liegen vor allem in einer deutlich ungünstigeren Entwicklung als hier angenommen. Sollte die Rezession in den USA aufgrund eines noch ausgeprägteren Einbruchs des Vertrauens von Konsumenten und Investoren stärker ausfallen und die konjunkturstabilisierende Wirkung der Fiskalpolitik der EU-Staaten nicht in vollem

Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

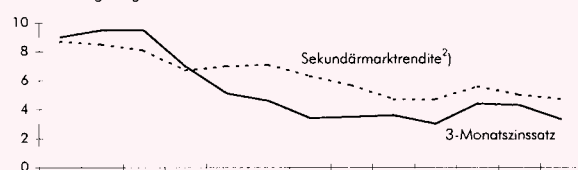
Wirtschaftswachstum



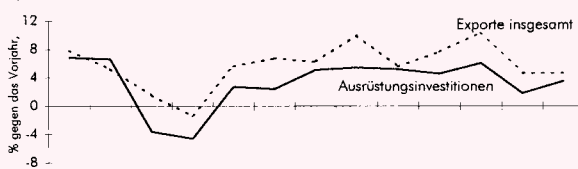
Wettbewerbsfähigkeit und Produktion



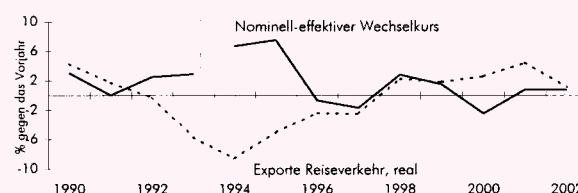
Kurz- und langfristige Zinssätze



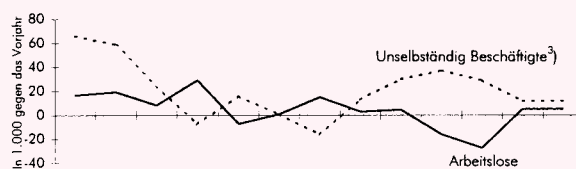
Export und Investitionen



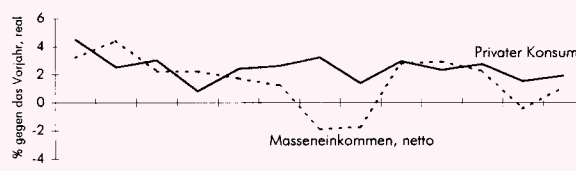
Reiseverkehr und Wechselkurs



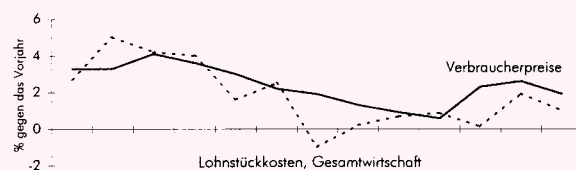
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



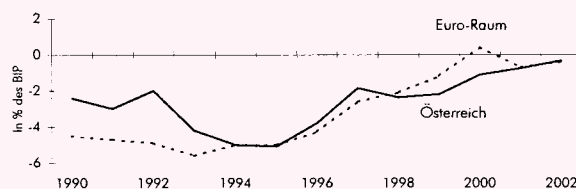
Konsum und Einkommen



Preise und Lohnstückkosten



Finanzierungssaldo des Staates



1) In der verarbeitenden Industrie, gegenüber den Handelspartnern, in einheitlicher Währung. – 2) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – 3) Ohne Präsenzdiener und Bezieher von Karenzgeld.

Ausmaß eintreffen, so könnte die Wirtschaft in Österreich merklich langsamer wachsen als im Szenario der WIFO-Prognose. Eine relativ optimistische Annahme der Prognose bildet auch der merkliche Rückgang der Sparquote, der eine stabilisierende Wirkung des privaten Konsums erst erlaubt.

TERRORANSCHLAG TRIFFT WIRTSCHAFT DER USA IN ÄUSSERST LABILER KONJUNKTURPHASE

In den USA weist die Konjunktur seit dem Sommer des vergangenen Jahres markant abwärts. Im II. Quartal 2001 kam das Wirtschaftswachstum weitgehend zum Stillstand. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich merklich verschlechtert, die Arbeitslosenquote ist zuletzt auf 4,9% gestiegen. Die Produktion des industriell-gewerblichen Sektors ist seit September 2000 um etwa 5% zurückgegangen, die Kapazitätsauslastung ist auf den niedrigsten Stand seit 1983 gesunken. Die Ausrüstungsin-

vestitionen, vor allem auch jene im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien, brachen in den letzten Quartalen ein. Seit dem Frühjahr zeichnet

Die Wirtschaft der USA war im Sommer nahe der Rezession, Indikatoren für einen bevorstehenden Aufschwung machten sich erst zaghaft bemerkbar. Nun ist die Verunsicherung drastisch gestiegen. Die weitere Konjunkturentwicklung ist gegenwärtig nur sehr schwierig einzuschätzen. Die Wirtschaftspolitik versucht, einer tiefen Rezession entgegenzuwirken.

sich jedoch für manche Frühindikatoren, etwa den Einkaufsmangerindex, eine vorsichtige Erholung ab, auch der Lagerabbau im II. Quartal ließ auf eine mögliche Produktionserholung schließen. Stabilisierend wirkten bis zuletzt Konsum- und Baunachfrage, die von der expansiven Zinspolitik profitierten. Allerdings haben in den

Annahmen über die internationale Konjunktur

	1998	1999	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Bruttoinlandsprodukt, real					
OECD insgesamt	+ 2,3	+ 2,9	+ 3,4	+ 0,7	+ 1,8
USA	+ 4,3	+ 4,1	+ 4,1	+ 1,0	+ 2,0
Japan	- 1,1	+ 0,8	+ 1,5	- 1,0	+ 1,0
EU	+ 2,9	+ 2,6	+ 3,4	+ 1,5	+ 2,0
Euro-Raum	+ 2,9	+ 2,6	+ 3,4	+ 1,5	+ 2,0
Deutschland	+ 2,0	+ 1,8	+ 3,0	+ 1,0	+ 1,5
Ost-Mitteleuropa ¹⁾	+ 3,6	+ 3,2	+ 3,9	+ 2,8	+ 4,0
Welthandel, real	+ 5,6	+ 6,2	+12,9	+ 5,0	+ 6,0
OECD-Exporte	+ 5,5	+ 5,4	+12,0	+ 6,5	+ 7,9
Intra-OECD-Handel	+ 8,3	+ 7,8	+11,6	+ 4,5	+ 6,5
Marktwachstum ²⁾ Österreichs	+11,3	+ 7,3	+13,3	+ 4,0	+ 5,0
Weltmarkt-Rohstoffpreise ³⁾					
Insgesamt	-22,0	+12,0	+31,0	+ 1,0	+ 1,0
Ohne Rohöl	-13,0	- 8,0	+ 1,0	+ 2,0	+ 3,0
Erdölpreis ⁴⁾ \$ je Barrel	12,6	17,3	28,0	28,0	28,0
Wechselkurs \$ je ECU bzw. Euro	1,121	1,067	0,924	0,90	0,95

¹⁾ Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. – ²⁾ Veränderungsrate der realen Importe der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ³⁾ HWWA-Index, Dollarbasis. – ⁴⁾ Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif).

letzten Monaten das Vertrauen der Konsumenten und die Umsatzentwicklung im Einzelhandel deutlich nachgelassen.

Der Terroranschlag vom 11. September hat die Wirtschaft der USA somit in einer sehr labilen Situation getroffen. Seine wirtschaftlichen Folgen sind derzeit noch nicht realistisch abzuschätzen. Sie hängen von der weiteren politischen und militärischen Entwicklung, von den Auswirkungen auf die Unternehmer- und Konsumentenstimmung und von den Reaktionen der Wirtschaftspolitik ab.

Das WIFO hält ein vorsichtig optimistisches Szenario für möglich. Darauf basieren die vorliegenden Daten. Es werden merkliche Auswirkungen der Anschläge in drei Bereichen angenommen: Erstens hat der Rückschlag an den Börsen eine weitere, allerdings vorübergehende Verunsicherung der Konsumenten zur Folge. Zweitens könnten aufgrund des internationalen Konflikts die Erdölpreise reagieren, und drittens sind Teile des Dienstleistungsbereichs (etwa die Versicherungswirtschaft, der Flugverkehr), der bislang zu den Stützen der Konjunktur zählte, unmittelbar geschädigt. Somit muss mit einer Verschiebung von Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter und Investitionen gerechnet werden. Deshalb wird angenommen, dass die Wachstumsrate des realen BIP in den USA im 2. Halbjahr 2001 und wahrscheinlich auch im 1. Quartal 2002 bei null oder auch darunter liegen wird, was als Rezession zu bezeichnen wäre.

Diesen negativen Einflüssen wirkt eine aktive Wirtschaftspolitik entgegen, die sich für ein umfangreiches Konjunkturstimulierungsprogramm entschieden hat. Das kurzfristige Zinsniveau, das von Jahresbeginn bis Anfang September schon mehr als halbiert wurde, wird durch eine äußerst aktive Politik der Fed nach dem Terroranschlag weiter gesenkt. Auch von der Budgetpolitik gehen stark expansive Effekte aus, weil schon seit Jahresmitte Steuersenkungen wirksam werden, die primär den

unteren Einkommenschichten zugute kommen („Steuer-scheck“), und infolge des Terrorangriffs umfangreiche Ausgabenprogramme gestartet werden. In einem ersten Schritt wurde vom Kongress ein Ausgabenrahmen von 40 Mrd. \$ genehmigt, das entspricht etwa 1/2% des BIP. Das Budget des Zentralstaates wird rasch ins Defizit geraten, dies bietet allerdings dringend benötigte Impulse für eine Konjunkturstabilisierung.

Die WIFO-Konjunkturprognose geht davon aus, dass die expansive Wirtschaftspolitik positive Wirkungen auf Konsum und Investitionen hat und dazu führt, die jüngsten rezessiven Tendenzen zu überwinden. Dies sollte in den ersten Monaten des kommenden Jahres der Fall sein. Unter diesen optimistischen Annahmen wird ein Konjunkturaufschwung in den USA zwar später einsetzen als noch in der Juni-Prognose erwartet, die Wirtschaft könnte aber heuer real um 1% und im kommenden Jahr um etwa 2% wachsen.

Für etwas weniger wahrscheinlich, gleichwohl nicht ausgeschlossen, gilt ein Szenario, in dem die negativen Impulse deutlich stärker zum Durchbruch kommen. Das Vertrauen der Konsumenten ist in den USA seit Jahresende 2000 bereits stark gesunken, es kann durch markante und dauerhafte Kursrückgänge auf den Aktienmärkten, die auch direkte Auswirkungen auf die Pensionszahlungen haben, weiter gedämpft werden. Dies hätte einen Anstieg der zuletzt nahe null liegenden Sparquote und einen Einbruch des privaten Konsums zur Folge, der zwei Drittel der Gesamtnachfrage in den USA beiträgt. Einem markanten Rückgang der Konsumnachfrage könnte die Wirtschaftspolitik kaum ausreichend begegnen. Ähnliches gilt für einen massiven Vertrauensverlust der Unternehmen, der eine weitere Verschiebung von Investitionsprojekten nach sich ziehen würde. Im Krisenfall könnten die USA auch an Attraktivität als Investitionsstandort für internationale Anleger verlieren. Dies würde die Finanzierung des hohen Handelsbilanzdefizits beeinträchtigen. Sollten die nächsten Monate eine Eskalation in Richtung einer internationalen Krise mit sich bringen, so könnten deutlichere Reaktionen der Rohstoffpreise, insbesondere auf dem Weltmarkt für Erdöl, eintreten. Das wäre mit markanten Verlusten der Terms-of-Trade und damit der Kaufkraft der privaten Haushalte verbunden. Unter diesen pessimistischen Annahmen würde die Rezession in den USA bedeutend tiefer ausfallen und bis weit ins kommende Jahr hinein anhalten.

Als besonders beunruhigend für die Entwicklung der Weltwirtschaft muss gelten, dass derzeit das Wachstum in allen drei großen Wirtschaftsräumen einbricht. In Europa und den USA stagnierte das BIP zuletzt, Japan befindet sich in einer Rezession. Zudem verharren einige Volkswirtschaften in Südamerika und Südostasien in einer tiefen Wirtschafts- und Finanzkrise. Diese Koinzidenz einer ungünstigen Wirtschaftslage in den Zentren der Weltwirtschaft unterscheidet die gegenwärtige Situation

von jener Anfang der neunziger Jahre und zeigt die eminenten Gefahren einer kumulativen Verstärkung des Abwärtstrends auf.

KRITISCHE LAGE DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFT ERFORDERT WIRTSCHAFTSPOLITISCHE REAKTIONEN

Die weitere Wirtschaftsentwicklung in Europa hängt in hohem Ausmaß davon ab, welches Szenario in den USA zum Durchbruch kommt. Schon in den vergangenen Jahren war die Konjunktur in Europa bei relativ schwacher Binnennachfrage zu einem guten Teil von den direkten und indirekten Effekten der starken Expansion in den USA getragen. Der Konjunkturinbruch in den USA hatte mit einer gewissen Verzögerung und zusammen mit den Kaufkraftverlusten infolge des Anstiegs der Energiepreise auch in Europa seit Mitte vergangenen Jahres eine deutliche Konjunkturabschwächung zur Folge. Im II. Quartal 2001 wuchs die Wirtschaft in der EU real gegenüber dem Vorquartal nicht mehr bzw. gegenüber dem Vorjahr um nur noch 1 $\frac{3}{4}$ %. Nahezu alle Konjunkturindikatoren deuten seit mehreren Quartalen merklich abwärts. Während die skandinavischen Länder in stärkerem Ausmaß vom Investitionsausfall in der Informations- und Kommunikationstechnologie betroffen sind, bildet in Deutschland und Österreich die Krise in der Bauwirtschaft einen zusätzlich dämpfenden Faktor. Vorauseilende Konjunkturindikatoren ließen für Europa auch vor dem 11. September keine rasche Erholung erwarten.

Den Reaktionen der europäischen Geld- und Fiskalpolitik kommt hohe Bedeutung für den weiteren Konjunkturverlauf zu. Die vorliegende Prognose geht davon aus, dass weitere Zinssenkungen folgen und die automatischen Stabilisatoren der öffentlichen Haushalte in allen EU-Staaten voll wirksam werden. In mehreren Ländern der Währungsunion wird es nicht möglich sein, die unter der Annahme einer günstigen Wirtschaftsentwicklung vorgelegten Stabilitätsprogramme und die darin enthaltenen Budgetziele für 2001 und 2002 unter den neuen Rahmenbedingungen einzuhalten. Das gilt insbesondere für Deutschland, Italien, Frankreich und Portugal. Würden in der gegenwärtigen Wirtschaftslage konjunkturbedingte Ausfälle an Steuereinnahmen und Steigerungen der Staatsausgaben durch zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen auf der Einnahmen- oder Ausgabenseite kompensiert, so müsste sich der Konjunkturinbruch verschärfen und die Arbeitslosigkeit weiter steigen.

Eine pragmatische Haltung der europäischen Budgetpolitik kann dazu beitragen, die Erwartungen der wirtschaftlichen Akteure zu stabilisieren, vor allem einer Vertrauensabschwächung der investierenden Unternehmen und einer konjunkturbedingten Verringerung der Kaufkraft der Haushalte entgegenzuwirken.

Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2000	2001	2002	2000	2001	2002
	Mrd. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Real (zu Preisen von 1995)</i>						
Land- und Forstwirtschaft	56,1	55,0	55,0	-4,1	-2,0	±0,0
Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	555,5	568,3	585,3	+8,3	+2,3	+3,0
Energie- und Wasserversorgung	73,6	74,4	75,8	+0,2	+1,0	+2,0
Bauwesen	194,8	188,9	185,1	+2,5	-3,0	-2,0
Handel ²⁾	335,2	337,9	343,0	+3,1	+0,8	+1,5
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	94,9	98,3	100,7	+3,3	+3,5	+2,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	199,6	203,6	209,7	+3,5	+2,0	+3,0
Kreditinstitute und Versicherungen	175,0	176,7	182,0	+6,1	+1,0	+3,0
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	366,5	375,6	385,0	+4,1	+2,5	+2,5
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	160,9	158,5	157,7	+0,4	-1,5	-0,5
Sonstige Dienstleistungen	329,8	334,1	339,1	+1,6	+1,3	+1,5
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁵⁾	2.542,0	2.571,3	2.618,6	+3,9	+1,2	+1,8
Bruttoinlandsprodukt	2.688,6	2.723,1	2.774,2	+3,3	+1,3	+1,9

¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – ⁵⁾ Vor Abzug der unterstellten Bankgebühr und der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Unter den Annahmen einer Besserung der Wirtschaftslage in den USA in den ersten Monaten des kommenden Jahres und Wirkung der automatischen Stabilisatoren in der EU könnte auch in Europa gegen Jahresmitte 2002 eine Erholung der Konjunktur einsetzen. Das Wirtschaftswachstum würde sich nach real 1 $\frac{1}{2}$ % im Jahr 2001 auf etwa 2% im Jahr 2002 verstärken. Sollten diese beiden Annahmen allerdings nicht eintreffen, so müsste auch in Europa mit einem deutlichen Konjunkturinbruch gerechnet werden.

SCHWACHES WACHSTUM VON EXPORT UND SACHGÜTERPRODUKTION

Konjunktur- und Investitionstest des WIFO ließen schon im Sommer eine deutliche Verschlechterung der Geschäftserwartungen in der Sachgütererzeugung erkennen. Heuer könnte die Produktion real um 2 $\frac{1}{4}$ % höher sein als im Vorjahr. Ein höheres Wachstum im kommenden Jahr setzt einen Aufschwung im Export voraus.

Die österreichische Wirtschaft ist in hohem Ausmaß von der Dynamik der internationalen Konjunktur geprägt. Die Annahmen über die Entwicklung der Weltwirtschaft bestimmen deshalb auch wesentliche Bereiche der heimischen Konjunktur. Im optimistischeren Hauptszenario der WIFO-Prognose dürfte sich der exponierte Sektor der österreichischen Wirtschaft etwa so entwickeln wie in der Sommerprognose angenommen. Die Warenausfuhr wuchs laut Außenhandelsstatistik von Statistik Austria bis

Entwicklung der Nachfrage

	2000	2001	2002	2000	2001	2002
		Mrd. S		Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Real (zu Preisen von 1995)</i>						
Konsumausgaben insgesamt	2.021,7	2.048,4	2.081,6	+ 2,2	+1,3	+1,6
Private Haushalte ¹⁾	1.505,5	1.528,1	1.557,1	+ 2,7	+1,5	+1,9
Staat	516,2	520,3	524,5	+ 0,6	+0,8	+0,8
Bruttoinvestitionen	628,5	623,5	631,6	+ 2,4	-0,8	+1,3
Bruttoanlageinvestitionen	624,1	618,8	622,0	+ 3,4	-0,9	+0,5
Ausrüstungen ²⁾	278,9	283,9	293,8	+ 6,0	+1,8	+3,5
Bauten	345,3	334,9	328,2	+ 1,3	-3,0	-2,0
Vorratsveränderung ³⁾	4,3	4,7	9,6			
Statistische Differenz	-5,5	0,0	0,0			
Inländische Verwendung	2.644,8	2.671,9	2.713,2	+ 2,0	+1,0	+1,5
Exporte	1.322,1	1.383,3	1.447,5	+10,3	+4,6	+4,6
Reiseverkehr	138,1	144,2	145,6	+ 2,6	+4,4	+1,0
Minus Importe	1.278,3	1.332,1	1.386,5	+ 7,5	+4,2	+4,1
Reiseverkehr	109,6	113,2	113,2	+ 5,2	+3,3	±0,0
Bruttoinlandsprodukt	2.688,6	2.723,1	2.774,2	+ 3,3	+1,3	+1,9
Nominell	2.835,2	2.910,5	3.011,6	+ 4,5	+2,7	+3,5
Mrd. Euro	206,0	211,5	218,9			

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen. – ³⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

zum April noch kräftig, in den Folgemonaten blieb sie allerdings bereits unter dem Vorjahresergebnis. Die Angaben der OeNB über die Eingänge an Wareneinfuhren lassen sogar kräftige Zuwächse bis Juli erkennen.

Im 2. Halbjahr muss allerdings mit einer merklichen Abschwächung aufgrund der Nachfragedämpfung wichtiger westeuropäischer Handelspartner gerechnet werden. Die Ausfuhr in die USA stieg im vergangenen Jahr überaus kräftig (+27%), und davon profitierten vor allem hochwertige Erzeugnisse (mehr als die Hälfte der Exporte in die USA entfallen auf Maschinen und Fahrzeuge). Die direkten Effekte einer Rezession in den USA dürften dennoch gering sein – in die USA gehen nur 5% aller österreichischen Exporte. Wichtiger werden indirekte Effekte über die Wachstumsdämpfung der Handelspartner mit engerer wirtschaftlicher Verflechtung mit den USA sein. Dazu zählen vor allem Deutschland und Italien, die jeweils etwa 10% ihres Exports in die USA liefern.

Insgesamt dürften die österreichischen Warenexporte heuer real um 4 1/2% und im kommenden Jahr – unter der Voraussetzung einer Erholung der europäischen Konjunktur – um gut 5% wachsen. Dabei werden leichte Marktanteilsgewinne aufgrund einer relativ günstigen Wettbewerbsposition unterstellt.

Die Wertschöpfung der Sachgütererzeugung erhöhte sich im 1. Halbjahr real um 3 3/4%, im II. Quartal allerdings um nur noch 1%. Die Beschäftigung lag bis August über dem Vorjahreswert. Allerdings zeigt der WIFO-Konjunkturtest besonders im III. Quartal eine markante Eintrübung des Geschäftsklimas, vor allem in den konjunktur reagiblen Bereichen des Basissektors und der technischen Verarbeitung. Ein unterer Wendepunkt zeichnet sich in der Unternehmerstimmung noch nicht ab. Für das 2. Halbjahr wird deshalb mit einer empfind-

Produktivität

	1998	1999	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
<i>Gesamtwirtschaft</i>					
Bruttoinlandsprodukt, real	+3,3	+2,8	+3,3	+1,3	+1,9
Erwerbstätige ¹⁾	+0,8	+1,4	+0,9	+0,5	+0,5
Vollzeitäquivalent	+0,2	+0,6	+0,6	±0,0	±0,0
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+2,5	+1,4	+2,5	+0,8	+1,4
Vollzeitäquivalent	+3,0	+2,2	+2,7	+1,3	+1,9
<i>Sachgütererzeugung</i>					
Produktion ²⁾	+4,5	+2,4	+8,3	+2,3	+3,0
Beschäftigte ³⁾	+0,1	-0,7	+0,0	+0,4	-0,2
Stundenproduktivität ⁴⁾	+4,3	+3,8	+8,4	+2,2	+3,5
Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten ⁵⁾	+0,1	-0,6	-0,1	-0,3	-0,3

¹⁾ Unselbständige (Beschäftigungsverhältnisse) und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. – ²⁾ Nettoproduktionswert, real. – ³⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ⁴⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – ⁵⁾ Laut Konjunkturerhebung von Statistik Austria.

lichen Verlangsamung des Produktionsanstiegs gerechnet, die Wertschöpfung könnte im Jahresdurchschnitt real um 2 1/4% höher sein als im Vorjahr und – unter den gegebenen Annahmen – im nächsten Jahr um 3% zunehmen. In beiden Jahren gedämpfter Konjunkturerwicklung dürfte das Produktivitätswachstum unterdurchschnittlich ausfallen, auch weil die Unternehmen die Zahl der qualifizierten Fachkräfte nicht vorschnell abbauen wollen.

Die Investitionsbereitschaft der Unternehmen hat sich laut WIFO-Investitionstest schon zur Jahresmitte deutlich verschlechtert. Die Ausrüstungsinvestitionen sind das am stärksten konjunktur reagible und stimmungsabhängige Nachfrageaggregat der Wirtschaft. Eine Verunsicherung über die weitere Entwicklung von Absatz und Gewinnen kann Anlass zum Aufschub von Investitionsprojekten sein. Für heuer wird eine Zunahme der Investitionen in Maschinen, Fahrzeuge, Elektrogeräte und Software um knapp 2% angenommen, sie könnte sich im kommenden Jahr auf 3 1/2% erhöhen. Wenn die internationale Konstellation in den kommenden Quartalen ungünstiger ausfällt, könnten die Investitionen jedoch rasch ins Minus geraten.

STABILES LEISTUNGSBILANZDEFIZIT

Die Warenimporte dürften in realer Rechnung heuer etwa gleich rasch wachsen wie die Exporte (+4,5%). Der Bedarf an importierten Vorleistungen schwächt sich aufgrund der Dämpfung des exponierten Sektors ab; ähnliches gilt für die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern, die häufig importiert werden. Hingegen beschleunigen die Preise auf den internationalen Erdölmärkten, die höher sind als erwartet, den Anstieg der Importpreise. Das Handelsbilanzdefizit könnte somit etwas über jenem des vergangenen Jahres liegen (-83 Mrd. S bzw. -6 Mrd. €).

In der Reiseverkehrsbilanz erhöht sich der Überschuss in den Jahren 2001 und 2002 um jeweils etwa 2 Mrd. S (0,15 Mrd. €). Die Tourismuseinnahmen steigen heuer

kräftig (real +4½%), die Wertschöpfung des Beherbergungs- und Gaststättenwesens erhöht sich real um 3½%. Die Folgen des Terroranschlags und möglicher militärischer Gegenschläge für den internationalen Reiseverkehr werden sicher negativ sein, eine quantitative Abschätzung ist zur Zeit aber schwierig. Allerdings könnte Österreich als sicheres Reiseziel vor allem für Gäste aus Europa an Attraktivität gewinnen. Tourismusausgaben gehören andererseits zu jenen Nachfragekategorien, die bei einer Konjunkturabschwächung überproportional gedrosselt werden. Die Österreicher könnten ihren Urlaub in stärkerem Ausmaß im Inland verbringen, vor allem Fernreisen werden an Attraktivität verlieren. Während die Ausgaben der Österreicher im Ausland stagnieren, könnten jene ausländischer Gäste in Österreich noch leicht zunehmen.

Der Überschuss in der Bilanz der sonstigen Dienstleistungen (Transportdienstleistungen, Software und Beratungsleistungen) steigt stetig. Dies dürfte sich im Zuge der weiteren wirtschaftlichen Integration mit Osteuropa fortsetzen. Einkommens- und Transferbilanz weisen hohe Defizite auf, die allerdings heuer etwas geringer ausfallen als im Jahr 2000. Insgesamt könnte das Leistungsbilanzdefizit heuer 76 Mrd. S (5,53 Mrd. €) erreichen. Das wäre geringfügig weniger als im Vorjahr und entspricht 2½% des BIP.

KRISE IN DER BAUWIRTSCHAFT

In der Bauwirtschaft ist die Produktion aufgrund der Überkapazitäten im Wohnungsneubau und des Fehlens von Aufträgen im Straßen- und Eisenbahnbau drastisch eingebrochen. Die Zahl der Arbeitslosen steigt stark.

In der Bauwirtschaft ist die Produktion im II. Quartal eingebrochen. Sie lag real um 5½% unter dem Wert des Vorjahres. Schon seit längerer Zeit geht die Produktion im Wohnungsbau aufgrund des deutlich sinkenden Bedarfs zurück. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen dürfte heuer unter 50.000 sinken, um etwa 10.000 weniger als in der Periode 1996 bis 1999. Im Bürobereich boomte die Bautätigkeit in den letzten Jahren. Heuer dürfte vor allem in Wien deutlich mehr Büroraum entstehen, als längerfristige Prognosen zur Deckung des zusätzlichen Jahresbedarfs annehmen. Die daraus resultierenden Überkapazitäten lassen nun einen beträchtlichen Rückgang der Produktion in diesem Segment erwarten.

Doch auch der Straßen- und Eisenbahnbau schrumpfte im II. Quartal. Dies überrascht deshalb, weil in diesen Bereichen erheblicher volkswirtschaftlicher Bedarf besteht. Die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur ist nicht nur eine längerfristig bedeutende Determinante der At-

traktivität des Wirtschaftsstandortes, sondern bildet auch eine unmittelbare Herausforderung im Zuge der bevorstehenden Erweiterung der EU. Der Einbruch im Straßenbau geht primär auf die Bemühungen der Länder und Gemeinden zurück, Budgetüberschüsse von 23 Mrd. S (1,67 Mrd. €) zu erreichen, wie sie im Zuge des innerösterreichischen Stabilitätspaktes vereinbart wurden. Im Eisenbahnausbau liegt eine Reihe von umsetzbaren Projekten vor. Der Baubeginn wird vielfach durch Koordinationsprobleme verzögert.

Der Rückgang der Bauproduktion hatte einen Einbruch auf dem Arbeitsmarkt zur Folge. Die Beschäftigung lag in der Bauwirtschaft im Durchschnitt von Jänner bis August um 11.000 (-4,3%) unter dem Niveau des Vorjahres, die Zahl der Arbeitsuchenden war im August um 3.400 höher als im Vorjahr. Für die kommenden Monate muss eine markante Erhöhung der Arbeitslosigkeit erwartet werden.

Für den Jahresdurchschnitt wird mit einem Rückgang der Bauproduktion um real 3% gerechnet. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen ist eine Erholung auch im Jahr 2002 nicht wahrscheinlich – im Gegenteil droht ein neuerlicher Produktionsrückgang um etwa 2%.

Während einer Erholung der Nachfrage nach Hochbauleistungen die beträchtlichen Überkapazitäten entgegenstehen, besteht im Tiefbau die Möglichkeit zu wirtschaftspolitischer Gegensteuerung. Ein Vorziehen von geplanten und benötigten Infrastrukturprojekten würde zur Stabilisierung von Konjunktur und Arbeitsmarkt beitragen, ohne die Budgetziele langfristig zu gefährden.

DEUTLICHER RÜCKGANG DER SPARQUOTE ERMÖGLICHT KONSUM-AUSWEITUNG

Relativ starker Preisauftrieb und merkliche Steuererhöhungen dämpfen heuer das Wachstum der verfügbaren Einkommen. Unter der Annahme einer Verringerung des Sparanteils am Einkommen wird der Konsum real um höchstens 1,5% wachsen. Im Handel expandiert die Wertschöpfung um nur noch 0,8%.

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sind in den vergangenen drei Jahren kräftig gewachsen (im Durchschnitt real +2,8% pro Jahr). Dies ermöglichte trotz eines leichten Anstiegs der Sparquote eine Ausweitung der privaten Konsumausgaben um 2,6% pro Jahr. Heuer stagnieren die real verfügbaren Einkommen (-0,1%), die Nettorealeinkommen je Arbeitnehmer liegen sogar deutlich (-0,8%) unter dem Niveau des Vorjahres. Dies ist zum einen das Ergebnis des beträchtlichen

Konsum, Einkommen und Preise					
	1998	1999	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real				
Private Konsumausgaben ¹⁾	+2,9	+2,3	+2,7	+1,5	+1,9
Dauerhafte Konsumgüter	+7,0	+8,4	-0,4	+0,5	+1,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+2,3	+1,4	+3,2	+1,6	+2,0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+3,7	+1,7	+2,9	-0,1	+1,8
Sparquote der privaten Haushalte	8,1	7,8	8,0	6,6	6,7
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Direktkredite an inländischen Nichtbanken (Jahresendstände)	+3,7	+5,2	+6,7	+4,1	+4,7
	In %				
Inflationsrate	0,9	0,6	2,3	2,6	1,9
Kerninflation ²⁾	1,2	0,8	1,8	2,9	2,4

¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Ohne Energie und Nahrungsmittel.

Preisaufrichts, der die Lohn- und Gehaltserhöhungen weitgehend aufhebt. Zum anderen verringern die jüngsten Steuererhöhungen die Einkommen merklich.

Erfahrungsgemäß reagieren die Haushalte in einer Phase schwacher Einkommensentwicklung mit einer Reduktion des Sparanteils am Einkommen. Die Prognose unterstellt deshalb, dass die Sparquote – gemessen am verfügbaren Haushaltseinkommen – heuer um fast 1½ Prozentpunkte zurückgeht. Dies ist ohne Zweifel eine optimistische Annahme, allerdings wurde der Sparanteil in den Konsolidierungsjahren 1996/97 sogar noch stärker verringert. Die privaten Konsumausgaben wurden im 1. Halbjahr 2001 real um 1,4% ausgeweitet. Für das 2. Halbjahr wird mit ähnlich starker Expansion gerechnet. Die Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter, die im vergangenen Jahr real sogar rückläufig waren, dürften auch heuer kaum steigen. Dies ist einerseits auf die Schwäche der Wohnungsnachfrage zurückzuführen, die auch den Bedarf an Wohnungsausstattung dämpft. Andererseits könnten die Haushalte bei steigender Verunsicherung größere Anschaffungen verschieben.

Für das kommende Jahr wird ein Lohnzuwachs je Arbeitnehmer von 2,6% unterstellt (+3,1% je Vollzeitbeschäftigungsverhältnis). Dies sollte nach Abzug der Steuern zumindest eine Stagnation der Realeinkommen ermöglichen. Die verfügbaren Einkommen dürften real um 1¾% zunehmen. Dazu trägt auch die Steigerung der Transferleistungen durch die Einführung des Kinderbetreuungsgeldes bei. Auf dieser Basis könnte der Konsum etwas rascher steigen als heuer. Sollten die privaten Haushalte – anders als in der Vergangenheit – mit höherer Verunsicherung reagieren und die Sparquote nicht ausreichend verringern, so wäre vor allem im 2. Halbjahr 2001 und im 1. Halbjahr 2002 mit einem deutlich schwächeren Konsumwachstum zu rechnen.

Die Wertschöpfung des Handels expandiert heuer real um 0,8% – nur noch ein Viertel der Rate in den zwei

Löhne, Wettbewerbsfähigkeit					
	1998	1999	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer ¹⁾	+3,0	+2,0	+2,2	+2,7	+2,6
Vollzeitäquivalent	+3,6	+3,0	+2,7	+3,2	+3,1
Realeinkommen je Arbeitnehmer ¹⁾					
Brutto	+2,5	+1,2	+0,3	+0,1	+0,7
Netto	+2,3	+1,0	+0,8	-0,8	+0,2
Nettomasseneinkommen, nominell	+3,3	+3,7	+4,1	+2,1	+3,0
Lohnstückkosten					
Gesamtwirtschaft	+0,7	+0,9	+0,1	+1,9	+1,0
Sachgütererzeugung	-1,7	-0,5	-6,0	+0,8	-0,5
Relative Lohnstückkosten ²⁾					
Gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner	-0,8	-1,5	-6,5	+0,5	-0,5
Gegenüber Deutschland	+0,4	-0,1	-2,6	-0,4	-0,9
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren					
Nominell	+2,5	+0,6	-2,7	+0,7	+0,6
Real	+0,5	-1,3	-3,5	+0,6	+0,3

¹⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ²⁾ In der Sachgütererzeugung, in einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Jahren zuvor. Der Großhandel leidet unter der markanten Dämpfung von Außenhandel und Investitionen, der Kfz-Handel schrumpft. Etwas günstiger entwickeln sich die Einzelhandelsumsätze. Im kommenden Jahr ist eine leichte Belebung zu erwarten.

PREISAUFTRIEB SCHWÄCHT SICH AB

Der Anstieg des Verbraucherpreisindex hat sich seit dem Höhepunkt im Mai 2001 (+3,4% gegenüber dem Vorjahr) abgeschwächt, er betrug im August 2,5%. Im Vorjahresvergleich sind die Inflationseffekte der Anhebung der Energie- und Kfz-Steuer weggefallen, der Auftrieb der Energiepreise hat sich verlangsamt. Der Anstieg der Energiekosten wird allerdings in die Preise von industriell-gewerblichen Waren und Dienstleistungen überwälzt. Auch die Wohnungskosten steigen wieder.

Die bevorstehende Einführung des Euro nährt Befürchtungen, dass die Währungsumstellung zum Anlass für Preiserhöhungen genommen werden könnte. Dies gelte insbesondere, so wird argumentiert, für jene Waren und Dienstleistungen, für welche die Anbieter nach der Währungsumstellung wieder runde bzw. „psychologische“ Preise („Neunerpreise“) setzen möchten. Das WIFO analysiert im Rahmen der Preisbeobachtung der Euro-Preis-Kommission die laufende Entwicklung. Diese Untersuchungen, die auch einen Vergleich mit Deutschland und der Schweiz einschließen, ergeben bis August keine Hinweise auf eine durch die Euro-Umstellung ausgelöste Preiswelle.

Die Inflationsrate könnte im Jahresdurchschnitt 2,6% erreichen, wie schon im Juni angenommen worden war. Im kommenden Jahr sollten die Nahrungsmittelpreise keinen Beitrag mehr zur Inflation leisten. Eine Prognose der Energiepreise ist angesichts der internationalen Lage schwierig, hier wird im Jahresdurchschnitt Konstanz des Erdölpreises auf den Weltmärkten unterstellt. Die Konsumentenpreise würden dann im Jahr 2002 um 1,9% stei-

gen. Die Kerninflation (ohne Energie- und Nahrungsmittelpreise) liegt in beiden Jahren etwas über der Erhöhung des VPI.

MERKLICHE ZUNAHME DER ARBEITSLOSIGKEIT

Die erhebliche Abschwächung des Wirtschaftswachstums dämpft die Beschäftigungsausweitung und bewirkt eine markante Erhöhung der Arbeitslosigkeit. Für das Jahr 2002 zeichnet sich eine weitere Steigerung der Arbeitslosenquote ab.

Das Beschäftigungswachstum hat sich heuer merklich abgeflacht. Im August betrug es (ohne Bezieher von Karenzgeld und Präsenzdienern) gegenüber dem Vorjahr noch 12.000. Die Zahl der Vollzeitstellen, die vor allem von Männern besetzt werden, sinkt deutlich, während jene der Teilzeitstellen noch ausgeweitet wird. Vom Beschäftigungsrückgang besonders betroffen sind neben der Bauwirtschaft die Bereiche Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie der öffentliche Dienst. Hingegen ist die Zahl der Arbeitskräfte in der Sachgütererzeugung, in den wirtschaftsnahen Dienstleistungen und im Handel noch immer höher als im Vorjahr. Im Jahresdurchschnitt dürfte heuer die Beschäftigung um 12.000 (+0,4%) über dem Niveau des Vorjahres liegen.

In mehreren Branchen steigt neben der Beschäftigung auch die Arbeitslosigkeit. Dies gilt neben dem Handel und den wirtschaftsnahen Dienstleistungen auch für die Landwirtschaft, das Beherbergungs- und Gaststättenwesen sowie einige Branchen der Sachgütererzeugung. Vor allem für die letzten Bereiche spielt hier auch die Ausweitung der Kontingente für ausländische Saisonbeschäftigte eine wichtige Rolle.

Im August lag die Zahl der Arbeitslosen bereits um 15.000 über dem Niveau des Vorjahres. Angesichts der Konjunkturabschwächung ist für die Bauwirtschaft und andere Wirtschaftsbereiche in den nächsten Monaten mit einem markanten weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen wird heuer im Jahresdurchschnitt bei etwa 200.000 liegen, um 5.000 über der Vorjahresmarke; das entspricht einer Arbeitslosenquote von 3,8% der Erwerbspersonen nach Eurostat-Definition und 6,0% der unselbständigen Erwerbspersonen nach traditioneller österreichischer Berechnung.

Für das kommende Jahr wird – unter den gegebenen makroökonomischen Annahmen – ein Beschäftigungsanstieg in etwa dem gleichen Ausmaß wie heuer erwartet. Er wird sich auf den Dienstleistungssektor beschränken. Das Arbeitskräfteangebot erhöht sich vor allem aufgrund der Zunahme der Erwerbsbeteiligung merklich. Die Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren

Arbeitsmarkt

	1998	1999	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000				
<i>Nachfrage nach Arbeitskräften</i>					
Unselbständig und selbständig Erwerbstätige	+22,1	+32,2	+27,7	+15,2	+23,6
Ohne Präsenzdienner und Karenzgeldbezieher	+30,8	+38,2	+30,8	+13,9	+14,1
Unselbständig Beschäftigte insgesamt ¹⁾	+21,1	+31,2	+25,8	+13,2	+21,5
Ohne Präsenzdienner und Karenzgeldbezieher	+29,8	+37,2	+28,9	+11,9	+12,0
Veränderung gegen das Vorjahr	in % + 1,0	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,4
Präsenzdienner und Karenzgeldbezieher ¹⁾	- 8,7	- 6,0	- 3,1	+ 1,2	+ 9,5
Ausländische Arbeitskräfte	- 0,2	+ 7,8	+13,4	+ 9,1	+ 6,0
Selbständige ²⁾	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,1
<i>Angebot an Arbeitskräften</i>					
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter					
15- bis 64-Jährige	+11,0	+19,8	+25,2	+26,1	+22,9
15- bis 59-Jährige	+10,9	- 2,6	-17,5	-15,6	- 5,5
Erwerbspersonen im Inland	+26,5	+16,2	+ 0,3	+20,1	+28,8
Ohne Präsenzdienner und Karenzgeldbezieher	+35,2	+22,2	+ 3,4	+18,9	+19,3
Ausländer	+ 0,7	+ 6,6	+12,0	+13,0	+ 8,5
Wanderung von Inländern	+ 3,9	+ 3,0	- 3,0	- 1,0	+ 1,0
Inländer	+21,9	+ 6,6	- 8,7	+ 8,1	+19,3
Ohne Präsenzdienner und Karenzgeldbezieher	+30,6	+12,6	- 5,6	+ 6,9	+ 9,8
<i>Überschuss an Arbeitskräften</i>					
Vorgemerkte Arbeitslose ³⁾	+ 4,4	-16,1	-27,4	+ 5,0	+ 5,2
Stand	in 1.000 237,8	221,7	194,3	199,3	204,5
<i>Arbeitslosenquote</i>					
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	4,5	4,0	3,7	3,8	3,8
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	6,5	6,0	5,3	5,4	5,5
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	7,2	6,7	5,8	6,0	6,1
Erwerbsquote ⁴⁾	67,6	67,6	67,3	67,4	67,6
Ohne Präsenzdienner und Karenzgeldbezieher ⁵⁾	70,7	71,2	71,5	72,1	72,6
Beschäftigungsquote ⁶⁾	63,2	63,6	63,8	63,8	63,9
Ohne Präsenzdienner und Karenzgeldbezieher ⁵⁾	66,1	66,9	67,7	68,2	68,5

¹⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ²⁾ Laut WIFO. – ³⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁴⁾ Erwerbspersonen in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige). – ⁵⁾ In % der Bevölkerung (15- bis 59-Jährige). – ⁶⁾ Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige).

wächst, im Alter von 15 bis 59 Jahren geht sie hingegen weiter zurück. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte neuerlich steigen und im Durchschnitt des nächsten Jahres 205.000 erreichen.

WIRKSAMKEIT DER AUTOMATISCHEN STABILISATOREN DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE

Die Konjunkturabschwächung dämpft das Wachstum des Steueraufkommens und erfordert höhere Staatsausgaben. Damit wirkt das Budget stabilisierend auf die Wirtschaftsentwicklung. Der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte könnte im kommenden Jahr ein Defizit von etwa 10 Mrd. S (0,74 Mrd. €) aufweisen.

Die merkliche Verlangsamung des realen und nominalen Wirtschaftswachstums hat Auswirkungen auf die öf-

Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	1998	1999	2000 Mrd. S	2001	2002
<i>Budgetpolitik</i>					
Finanzierungssaldo des Bundes	-79,7	-67,7	-38,9	-38,0	-29,0
In % des BIP					
Finanzierungssaldo des Bundessektors	- 3,0	- 2,5	- 1,4	- 1,3	- 1,0
Finanzierungssaldo des Staatesektors	- 2,4	- 2,2	- 1,1	- 0,7	- 0,3
Primärsaldo des Staates	1,4	1,3	2,4	2,7	3,0
In %					
<i>Geldpolitik</i>					
Dreimonatszinssatz	3,6	3,0	4,4	4,3	3,3
Sekundärmarktrendite ¹⁾	4,7	4,7	5,6	5,0	4,7
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Effektiver Wechselkurs</i>					
Nominell	+ 2,8	+ 1,5	- 2,5	+ 0,8	+ 0,7
Real	+ 0,3	- 1,1	- 3,6	+ 0,5	+ 0,2

¹⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark).

fentlichen Haushalte. Das Aufkommen an Lohn- und Umsatzsteuer liegt heuer etwas unter dem Bundesvoranschlag, die Ausgaben für Arbeitslosigkeit steigen merklich. Zudem sind die Pensionsausgaben höher als budgetiert. Andererseits entwickeln sich die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer aufgrund der hervorragenden Gewinnlage der Jahre 1999 und 2000 deutlich günstiger als angenommen, und die Ausgaben für Zinszahlungen sind etwas niedriger als präliminiert. Der Finanzie-

rungssaldo der öffentlichen Haushalte dürfte heuer insgesamt etwas ungünstiger ausfallen als im Sommer vom WIFO angenommen; das vom Finanzministerium gegenüber der EU notifizierte Defizit von 0,7% des BIP wird allerdings eingehalten werden können.

Auch im Jahr 2002 macht sich die Konjunkturabschwächung – teils mit verzögerten Effekten – auf der Einnahmen- und Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte bemerkbar. Der Finanzminister hat angekündigt, die automatischen Stabilisatoren des Budgets wirken zu lassen. Dies erscheint aus gesamtwirtschaftlicher Sicht als richtige Entscheidung. Aufgrund der Wirkung der automatischen Stabilisatoren rechnet das WIFO unter den gegebenen Annahmen über den Konjunkturverlauf mit einem Defizit im Finanzierungssaldo von etwa 10 Mrd. S (0,74 Mrd. €), das entspricht -0,3% des BIP. Über allfällige zusätzliche Gestaltungsspielräume der Budgetpolitik zur Verringerung des Defizits wurden keine weiteren Annahmen getroffen. Sollten solche genutzt werden, wäre in der gegenwärtigen Konjunktursituation allerdings besonders darauf zu achten, dass sie nicht nachfrage-dämpfend wirken. Konjunkturunterstützende Maßnahmen durch das Vorziehen von Infrastrukturprojekten würden das Budgetdefizit in mittelfristiger Perspektive nicht erhöhen.

Abgeschlossen am 26. September 2001.